

Unsere Woche im Landtag



Newsletter vom 15. Mai 2021

von Ihrem Landtagsabgeordneten **Bernhard Pohl**

Liebe Leserin,
lieber Leser,

eine unvorstellbar große Last fällt in diesen Tagen von uns: Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Infektionen in Bayern ist vergangenen Freitag **erstmal seit fast zwei Monaten auf unter 100 gefallen; gleichzeitig impft Deutschland inzwischen mehr als 1,3 Millionen Menschen pro Tag – ein neuer Rekord**. Das freut uns FREIE WÄHLER im Landtag sehr, bedeutet es doch, dass immer mehr Städte und



© Büro Pohl

Gemeinden die Außengastronomie öffnen dürfen – und sogar Kinos und Theater bald bei stabil niedrigen Inzidenzen wieder Publikum einlassen dürfen. Auch können unsere Kinder und Jugendlichen wieder in ihren Vereinen Sport mit Gleichaltrigen treiben – all das natürlich unter den bewährten Hygieneauflagen und Testkonzepten.

Das Hauptaugenmerk von Politik muss jetzt darauf gelegt werden, den sukzessiven Rückweg von Staat und Gesellschaft zu Normalität und Freiheit zu organisieren. Dabei gilt es, ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten, aber auch so viel Normalität wie möglich zu schaffen. Dafür haben wir uns in der vergangenen Woche mit aller Kraft eingesetzt und neue Weichen gestellt. Mehr dazu erfahren Sie in unserem Wochenrückblick.

Rückblick

Wachsendes Impftempo führt Inzidenzwert ad absurdum

Mit dem Abebben der dritten Infektionswelle ist es jetzt Aufgabe der Staatsregierung, Sicherheit und Normalität bestmöglich unter einen Hut zu bringen und ein gutes Leben mit Corona zu organisieren, bis die Pandemie final überwunden werden kann. **Um diesem Anspruch gerecht zu werden, rufen wir unsere Forderung nach einer Abkehr vom Inzidenzwert als zentraler Bemessungsgrundlage für das Pandemiegeschehen in Erinnerung.** Hiervon konnten wir bereits im März auch unseren Koalitionspartner mehrheitlich überzeugen. In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag hatten wir die Staatsregierung gemeinsam beauftragt zu prüfen, ob und welche weiteren Indikatoren und Erkenntnisse den Inzidenzwert als zentralen Bezugspunkt für Öffnungsstrategien ergänzen könnten.

Dies halten wir nun für nötiger denn je und sehen darin einen zentralen Erfolgsfaktor für ein gelingendes Krisenmanagement im Sommer. Angesichts des immer schnelleren Impffortschritts verliert der Inzidenzwert täglich weiter an Aussagekraft. Erfreulicherweise entkoppelt sich auch die Belastung unserer Krankenhäuser in zunehmendem Maße von diesem Indikator. **Das Ziel unserer Politik besteht nicht darin, eine mathematische Kennzahl zu drücken, sondern schwere Verläufe sowie Todesfälle zu verhindern und Corona zu besiegen.**



Nach Ansicht von uns FREIE WÄHLER-Fraktion bedarf es daher in den nächsten Wochen eines Strategiewechsels der bayerischen Corona-Politik, die sich aus ihrer singulären Fokussierung auf den Inzidenzwert lösen soll. Dies haben wir bereits im Februar in unserem [Bayernplan](#) gefordert und zwischenzeitlich Rückenwind diverser Experten für diese Idee erhalten.

Impressum

In einem [Schreiben an Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek](#) bedanken wir uns deshalb nicht einzig für dessen vortrefflichen Einsatz zugunsten der Erhöhung des Impftempos im Freistaat.

Wir erfragen überdies, zu welchem Ergebnis die vom Bayerischen Landtag beauftragte Prüfung der Staatsregierung hinsichtlich einer Ergänzung des Inzidenzwerts gekommen ist. Dies erscheint uns unerlässlich, um Schulen, Wirtschaft, Sport, Kunst und Kultur verantwortungsbewusste Perspektiven aufzeigen zu können.

Eckpunktepapier „Integrität und Transparenz“ soll unmoralische Geschäftemacherei bekämpfen



Kaum haben wir das Bayerische Lobbyregistergesetz auf den Weg gebracht, wird bereits die nächste Stufe unserer Transparenzoffensive gezündet. **„Integrität und Transparenz – für eine unabhängige, ehrliche und glaubwürdige Politik“** lautet der Titel eines neuen Eckpunktepapiers, in dem die FREIE WÄHLER-Fraktion ihre Vorstellungen einer für den Bürger nachvollziehbaren Politikgestaltung vorstellt. Es

kann sein, dass sich manche Parlamentarier in anderen Parteien vor allem engagieren, um dort etwas „zu werden“. Wir betrachten uns jedoch als dafür gewählt, stellvertretend Polizist, Krankenschwester, Gastwirt, Solo-Selbständiger oder auch Anwalt zu sein. Erst der verfassungsrechtlich garantierte Fortbestand unserer bürgerlichen Berufe ermöglicht die Unabhängigkeit von uns Abgeordneten.

Gerade die jüngsten Vorfälle rund um die ehemaligen Unions-Abgeordneten Nüsslein, Sauter und Gauweiler belegen, dass es nicht reicht, Einkommensverhältnisse offenzulegen. **Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass es schwarze Schafe gibt, die ein völlig anderes Verständnis von der Vermischung ihres Mandats mit eigenen finanziellen Vorteilen haben als wir FREIE WÄHLER im Landtag.**

Impressum

Wir sind der Auffassung, dass **jede unmoralische Geschäftemacherei** mit der Nähe zu Regierenden **unmöglich gemacht werden muss**. Deshalb kämpften wir FREIE WÄHLER im Landtag seit langem für das **Verbot jeglicher bezahlter Lobbytätigkeit durch Abgeordnete**. Auch Geschäfte von Abgeordneten mit dem Bund oder dem Freistaat sehen wir kritisch. Schon der bloße Anschein der Ausnutzung des Mandates muss vermieden werden. Oberhalb einer Bagatellgrenze eines Jahresumsatzes von beispielsweise maximal 50.000 € sollen sich **Abgeordnete künftig an keinerlei Verträgen mit Bund, Freistaat oder mit Unternehmen, an denen Bund oder Freistaat beteiligt sind, oder bei der Anbahnung solcher Verträge beteiligen dürfen**.

Und auch bei der Parteienfinanzierung wollen wir ansetzen. Deshalb setzen wir uns für ein grundsätzliches **Verbot von Spenden an Abgeordnete**, als auch für ein **generelles Verbot von Konzern- und Verbandsspenden an Parteien** ein. Auch wenn uns als Regierungsfraktion zwischenzeitlich immer wieder große Spenden angeboten werden, lehnen wir deren Annahme mit der gleichen Überzeugung ab, wie wir dies schon seit unserem erstmaligen Einzug in den Landtag im Jahr 2008 stets getan haben. Das Wasser der Transparenz zu predigen und gleichzeitig den Wein der Parteispenden zu trinken, wie dies jüngst die Grünen getan haben, kommt für uns nicht infrage.

👉 **Werfen Sie einen Blick in das [Eckpunktepapier!](#)**

Kein voreiliger Aktionismus: Baulandmobilisierungsgesetz gründlich prüfen

Wir FREIE WÄHLER im Landtag üben Kritik an der Ankündigung der CSU-Fraktion, das Baulandmobilisierungsgesetz im Bundesrat stoppen zu wollen. Ob der Freistaat bei dem bereits im Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf den Vermittlungsausschuss anrufen wird, ist noch Teil einer internen Diskussion. **Die Mobilisierung von Bauland ist ein wichtiges Instrument, um Wohnraum zu schaffen**. Eine Vereinfachung des Vorkaufsrechts für Gemeinden ist vor diesem Hintergrund ein echter Pluspunkt. Die Ausweitung von drei auf fünf Wohneinheiten im Außenbereich stellt für Familien zudem eine Erleichterung dar, um beieinander zu bleiben. Statt auf Ablehnung wichtiger Initiativen setzen wir auf Kompromisse, die pragmatisch sind und auch in den Kommunen ankommen.

Impressum

Eine finale Festlegung der Position Bayerns im Bundesrat kann und soll aus diesem Grund noch nicht stattfinden. **Schaffung von Wohnraum und parallel dazu eine Erhöhung der Eigentumsquote sind das Ziel der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag** – wobei sich die Bayernkoalition zuletzt nicht auf eine Verlängerung der Eigenheimzulage verständigen konnte. Eine Eigentumswohnung oder gar ein eigenes Haus gehören für uns allerdings zu den zentralen Säulen einer sicheren Altersvorsorge sowie einer krisenfesten Gesellschaft. **Wir kämpfen daher an zahlreichen Fronten für eine höhere Wohneigentumsquote im Freistaat. So auch mit der erst kürzlich vorgelegten Novellierung und Modernisierung der Bayerischen Bauordnung.**

Moorschutz im Einklang mit örtlicher Bevölkerung

Es ist richtig, wenn sich Umweltminister Thorsten Glauber bei der Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes auf die Renaturierung der staatlichen Moorflächen konzentriert. Alle Moorflächen in Bayern in den Blick zu nehmen – wie es unser Koalitionspartner jüngst vorschlug – halten wir im Moment nicht für zielführend. Die bayerischen, nachhaltig bewirtschafteten Wälder und Moore sind ohne Frage die größten Kohlendioxidspeicher in Bayern. Sie sind aber auch Eigentum und Lebensgrundlage unzähliger Landwirte, die diese Gebiete seit Generationen bewirtschaften. Stilllegungen und Wiedervernässungen wirken sich unmittelbar auf die Wirtschaftlichkeit der Flächen aus. **Renaturierung kann daher nur im Einklang mit der örtlichen Bevölkerung erfolgen. Ansonsten kommt es einer Enteignung gleich.** Auch der Klimaschutz in den Mooren kann nur funktionieren, wenn den Bewirtschaftern nachhaltige Perspektiven gegeben werden. Das **Konzept von Staatsminister Glauber zur Renaturierung des Donaumooses ist ein gangbarer Weg.** Denn hierbei werden die Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Donaumoos, den Landwirten sowie den Kommunen erarbeitet und 200 Millionen Euro bereitgestellt.

Vormerken: Telefonische Bürgersprechstunde

Am Freitag, den 21. Mai, stehe ich Ihnen gerne zwischen 13.00 und 15.00 Uhr unter 08341-9954844 zur Verfügung!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende.

Impressum